DER PARITÄTISCHE
BADEN-WÜRTTEMBERG

05/17

13.06.2017

BEREICHSnews

Bereich Jugend und Bildung

LIEBE PARITÄTERINNEN UND PARITÄTER,

mit unserem fünften Newsletter im Jahr 2017 erhalten Sie wieder aktuelle Informationen aus dem Bereich Jugend und Bildung, zum ersten Mal mit zusammengestellt durch das neue Referat Bildung.

So informieren wir Sie dieses Mal unter anderem über Entwicklungen im Bereich der Ganztagsschule oder bezüglich der Privatschulfinanzierung. Wir berichten über den Stand der SGB VIII - Reform und zum Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und haben wieder Materialien und Informationen zu aktuellen Themen und neuen Fördermöglichkeiten für Sie.

Die Veranstaltungshinweise finden Sie wie üblich wieder am Ende des Newsletters.

Über Rückmeldungen freuen wir uns und nehmen gerne Ihre Vorschläge, Anregungen oder auch Kritik entgegen.

Herzliche Grüße

Barbara Meier Raphael Kronwald

Fachinformation Jugend

Aktueller Stand SGB VIII Gesetzgebungsverfahren

§

Am 2. Juni stand der "Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz KJSG)" als TOP 24 auf der Tagesordnung des Bundesrats. Eine Unterarbeitsgruppe hatte bereits im Vorfeld einen Entwurf einer Positionierung des Bundesrates erarbeitet, der vom zuständigen Bundesratsausschuss übernommen wurde und im Bundesrat zur Entscheidung anstand. (http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2017/0301-0400/314-1-17.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

Im Bundesrat wurde über diesen Entwurf beraten und dabei über einen Teil der Ziffern einzeln abgestimmt. Erfreulicherweise fand der Vorschlag in Ziffer 13, die Anregung § 41 (Hilfe für junge Volljährige) von einer Soll- in eine Kann-Leistung zu ändern, keine Mehrheit. Ein Teil der von Seiten der Fachöffentlichkeit vorgebrachten Punkte fand Berücksichtigung, wie z. B. die Notwendigkeit einer unabhängigen Arbeit und fachlichen

Weisungsungebundenheit von Ombudsstellen oder vergleichbarer Strukturen. Leider nicht gestrichen wurde die Regelung in § 78 f SGB VIII hinsichtlich der vorläufigen Inobhutnahme und der Leistungen für UMF. Es wurde lediglich vorgeschlagen, den Satz *"Neben einer bedarfsgerechten Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter ausländischer junger Menschen muss dabei insbesondere die Gleichbehandlung deutscher und ausländischer Kinder, Jugendlicher und junger Volljähriger sichergestellt werden."* einzufügen.

Der weitere Zeitplan sieht nun vor, dass die Bundesregierung voraussichtlich vor der Anhörung am 19. Juni im Bundestagsausschuss ihre Gegenäußerung zum Bundesrat abgeben wird. Anschließend werden Auswertungsgespräche geführt. Erst dann wird entschieden, ob es zur Verabschiedung eines Gesetzes kommen wird oder ob es weiterer Zeit bedarf, um die aufgeworfenen Fragen fundiert zu diskutieren und somit die Gesetzesänderung in die nächste Legislaturperiode zu verschieben.

»Stellungnahme des Bundesrats vom 2. Juni 2017

KVJS Materialband „Beteiligung leben“ - Anregungen und Ideen aus der Praxis für die Praxis

Der KVJS hat basierend auf seinem Forschungsvorhaben „Beteiligung leben“ inzwischen einen Materialband zur Umsetzung von Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren in der Heimerziehung entwickelt. Dieses bietet neben einem Überblick zum Stand der Umsetzung von Partizipation in stationären Jugendhilfeeinrichtungen in Baden-Württemberg auch Anregungen und Umsetzungen für die Praxis.

Auf der KVJS-Homepage steht der Materialband als Download zur Verfügung.

»weiter zum Download

Ergänzung in der Vorlage der aktuellen Leistungsvereinbarungen notwendig

Im Rahmen der Entgeltverhandlung hat der KVJS darauf aufmerksam gemacht, dass in den Vordrucken der Leistungsvereinbarungen unter § 2 "Strukturdaten" in der Aufzählung der Regelleistungen die Leistungen zur Sicherung der Kinderrechte, der Partizipation und des Kinderschutzes nicht aufgeführt sind. Nach Rücksprache mit Herrn Spielmann, Vorsitzender LIGA-Ausschuss Kinder, Jugend und Familie, ist dies zutreffend und es wurde vereinbart, diesen Punkt in die Vorlage aufzunehmen. Entsprechend werden die Vordrucke auf der Homepage des Paritätischen in den kommenden Tagen ausgetauscht. Diese finden Sie dann bei Fachinformationen Jugend in der Rubrik Leistungsvereinbarung.

»weiter zu den Leistungsvereinbarungen

Frühjahrstagung Fachgruppe Hilfen zur Erziehung

Am 9. Mai traf sich die Fachgruppe Hilfen zur Erziehung zum Thema „frühe Entwicklungsbeeinträchtigungen und pädagogische Handlungsanforderungen an die Jugendhilfe“ in der Jugendherberge in Stuttgart. Mit einem Fachvortrag von Frau Dr. Ulrike Schulze, Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie Calw-Hirsau, und anschließender Diskussion erfolgte der Einstieg in die Thematik. In Workshops wurden Best Practice Beispiele verschiedener Einrichtungen vorgestellt. Zu den Fragestellungen “Was hat sich in der Arbeit im Umgang mit frühkindlichen Entwicklungsbeeinträchtigungen und den sich daraus ergebenden Langzeitfolgen bewährt? Welche konkreten Punkte müssen im Alltag beachtet werden?“ entwickelte sich ein reger fachlicher Austausch. Der Praxisbezug mit fachlichem Austausch wurde von den 29 Teilnehmer*innen sehr begrüßt und soll auch zukünftig in den Tagungen der Fachgruppe Berücksichtigung finden.

Gefördert wurde die Frühjahrstagung durch Mittel der GlücksSpirale.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Umverteilungsverfahren UMF

Seit 1. Mai 2017 findet das neue Umverteilungsverfahren UMF Anwendung. Für den Monat Juni wurde Baden-Württemberg erneut als Einreiseland deklariert und alle neu einreisenden UMF werden im Juni zur bundesweiten Verteilung angemeldet, soweit keine Verteilhindernisse vorliegen. Folglich ist im Monat Juni 2017 aus derzeitiger Sicht für Baden-Württemberg nicht mit einer landesinternen Verteilung von UMF zu rechnen. Für Juli 2017 wird anhand der dann vorliegenden Daten eine erneute Überprüfung der Vorgehensweise vorzunehmen sein. Da die Zahl der bisher eingereisten UMF seit Mai hinter der Prognose zurückbleibt, stellt sich die Frage, ob und wie die weitere Verteilung erfolgen wird.

Geplante und erfolgte rechtliche Neuerungen für UMF

Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge hat eine Übersicht mit den bisherigen rechtlichen Regelungen und auch angedachten Gesetzesänderungen für UMF erstellt. Aus dieser lassen sich alle wichtigen

Änderungen seit 2015 und der aktuelle Stand der Gesetzgebungsverfahren entnehmen.

»weiter zur Übersicht

Schule und Bildung

Zweiter Ganztagsgipfel des Kultusministeriums

Am 15. Mai fand in Kornwestheim auf Einladung des Kultusministeriums der zweite Ganztagsgipfel statt. Die etwa 500 teilnehmenden SchulleiterInnen, LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern, VertreterInnen der Schulverwaltung und Schulträger sowie von außerschulischen Partnern und Verbänden tauschten sich über den bisherigen Stand der Umsetzung und über Ziele für die zukünftige Weiterentwicklung der Ganztagsschule im Land aus. Insbesondere bei der Zusammenarbeit der Schulen mit den außerschulischen Partnern aus der freien Wohlfahrtspflege wurde Bedarf an Nachbesserungen ausgemacht. Auch die Freiheit von Eltern, für ihre Kinder ein individuell passendes Schul- und Betreuungsangebot zu erhalten und zu wählen, wurde von den TeilnehmerInnen auf zivilgesellschaftlicher Seite betont. Die Ergebnisse der Diskussionen wurden mit dem Wunsch nach Weiterführung und Ausweitung des partizipativen Prozesses an Kultusministerin Dr. Eisenmann übergeben.

»zur Mitteilung des Kultusministeriums

Neuregelung zur Finanzierung von freien Schulen

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Baden-Württemberg e.V.

Mit dem seit einigen Wochen vorliegenden Entwurf zur Änderung des Gesetzes für die Schulen in freier Trägerschaft haben die ausgiebigen Verhandlungen zwischen den freien Schulen in Baden-Württemberg und der Landesregierung ihr vorläufiges Ziel erreicht. Die Neuregelung sieht vor, dass die staatlichen Zuschüsse zur Finanzierung von Privatschulen in Zukunft verbindlich Kosten in Höhe von 80 Prozent der Aufwendungen des Landes für Schülerinnen und Schüler an staatlichen Schulen decken. Die Landesregierung setzt so auch ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs aus dem Jahr 2015 um, der die bisherige Regelung für nicht verfassungsgemäß befunden hatte.

Aus Sicht der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Waldorfschulen ist das Ergebnis ein bedeutender Schritt auf dem Weg zur bereits in der Landesverfassung vorgesehenen

Gleichberechtigung von privaten und staatlichen Schulen. Ziel ist nach Einschätzung des Zusammenschlusses einer der mit 57 Mitgliedern und etwa 25.000 Schülerinnen und Schülern größten Gruppe von freien Schulen im Land nun, eine unbürokratische und praktikable Umsetzung der neuen Vorgaben zu gewährleisten.

»zur Meldung der Landesarbeitsgemeinschaft

Entwurf für neue Verwaltungsvorschrift zur beruflichen Orientierung an weiterführenden Schulen

Der Liga der freien Wohlfahrtspflege liegt derzeit ein Entwurf des Kultusministeriums für die "Verwaltungsvorschrift über die berufliche Orientierung an weiterführenden allgemein bildenden und beruflichen Schulen" zur Stellungnahme vor. Diese soll die bisherige Vorschrift in diesem Bereich ersetzen und stellt im Wesentlichen eine Fortschreibung der bestehenden Regelungen und Anpassung einiger Vorgaben an sich verändernde Rahmenbedingungen im Arbeitsleben dar. Über den weiteren Verlauf und Ausgang der Anhörung halten wir Sie selbstverständlich auf dem Laufenden.

Neuer Landesbeirat Grundbildung und Alphabetisierung

Fachstelle für Grundbildung und Alphabetisierung Baden-Württemberg

Am 29. Mai fand im Kultusministerium die konstituierende Sitzung des Landesbeirats Grundbildung und Alphabetisierung statt. Das Land schließt sich mit der Einberufung dieses Beirats der Nationalen Dekade Alphabetisierung und Grundbildung an, die das Ziel hat, von funktionalem Analphabetismus betroffenen Menschen zu helfen und auf Dauer die Anzahl der Betroffenen, die nicht über die Fähigkeit verfügen, Texte zu lesen und zu schreiben, deutlich zu verringern. Untersuchungen zufolge trifft dies auf etwa 14,5 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland, in Baden-Württemberg also umgerechnet etwa auf eine Million Menschen allen Alters zu, die so erhebliche Nachteile bei der Teilhabe an vielen Lebensbereichen erleiden.

Begleitet durch die Fachstelle für Grundbildung und Alphabetisierung Baden-Württemberg hat der Landesbeirat die Aufgabe, unter Einbeziehung möglichst vieler gesellschaftlicher Kräfte, einen breiten Ansatz zur Ansprache und Unterstützung von Betroffenen zu erarbeiten und die öffentliche Bewusstseinsbildung zu fördern. So ist für Ende diesen Jahres ein Grundbildungstag als gemeinsamer Auftakt für Initiativen und Programme der Mitglieder geplant. Der Paritätische wirkt als entsandter Vertreter für die Liga der freien Wohlfahrtspflege an diesen Tätigkeiten und im Beirat mit.

»zur Fachstelle Grundbildung und Alphabetisierung

Suchtprävention

Übers Rauchen Reden! Was Eltern wissen sollten

Die Broschüre von VIVID, Fachstelle für Suchtprävention in Österreich, unterstützt Eltern dabei, mit ihrem Kind konstruktiv über das Thema Rauchen zu reden und diesem Hilfe anzubieten, nicht mit dem Rauchen zu beginnen oder damit aufzuhören. Sie enthält zehn hilfreiche Tipps für ein gelungenes Gespräch sowie Antworten auf die wichtigsten Fragen zum Thema Rauchen.

»weiter zur Broschüre

DHS-Broschüren in leichter Sprache "Rauchen ist riskant" und "Kiffen ist riskant"

Mit den Titeln „Rauchen ist riskant“ und „Kiffen ist riskant“ sind weitere Titel in der Reihe „Ein Heft in leichter Sprache“ erschienen, die für Menschen gedacht sind, denen das Lesen schwerfällt. Das Netzwerk Leichte Sprache setzte die Standards. So wurden einfache Sätze, positive Satzaussagen, maximal 20 Zeilen pro Seite und große Schrift verwendet. Klammern und Bindestriche gibt es keine.

Broschüren:

Kiffen ist riskant:
http://www.dhs.de/fileadmin/user_upload/pdf/Broschueren/2017_-_Kiffen_ist_riskant.pdf

Rauchen ist riskant:
http://www.dhs.de/fileadmin/user_upload/pdf/Broschueren/2017_-_Rauchen_ist_riskant.pdf

»zur DHS Übersicht: Broschüren und Faltblätter

Suchtprävention in der Heimerziehung

Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen hat eine Broschüre zur Suchtprävention in der Heimerziehung veröffentlicht. Dieses Handbuch zum Umgang mit legalen wie illegalen Drogen, Medien und Ernährung soll neben Fachwissen auch praktische Tipps für die Arbeit vermitteln und zur Einschätzung des Suchtverhaltens hilfreich sein.

»weiter zur Broschüre

Finanzielle Förderungen und Ausschreibungen

Penny Förderkorb 2017

Der PENNY Förderkorb knüpft 2017 am Erfolg der letzten Jahre an und weitet das Engagement auf acht Metropolregionen, nämlich Hamburg und Umland, Berlin/Brandenburg, Hannover- Braunschweig- Göttingen-Wolfsburg, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, **Rhein-Neckar** sowie München und Umland aus. Organisationen, die sich im Bereich Kinder- und Jugendförderung in diesen Regionen engagieren, haben bei der Teilnahme die Chance auf Fördergelder für zukünftige Projekte. Pro Region werden insgesamt vier Förderpreise in Höhe von je 3.000 Euro verliehen.

Einen Antrag können Organisationen stellen, die

- ihren Sitz in der ausschreibenden Region haben,
- eine juristische Person sind,
- die Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt nachweisen können,
- fristgerecht alle erforderlichen Bewerbungsunterlagen und Anlagen eingereicht haben.

Bis 27. August 2017 müssen die Bewerbungsunterlagen vorliegen.

»weitere Informationen zur Ausschreibung

Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis 2018

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe AGJ

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ schreibt den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis 2018 – Hermine-Albers-Preis – in den Kategorien Praxispreis, Theorie- und Wissenschaftspreis sowie Medienpreis der Kinder- und Jugendhilfe aus. Der Preis wird von den obersten Jugend- und Familienbehörden der Länder gestiftet und vom

Vorstand der AGJ alle zwei Jahre verliehen. Dieser ist insgesamt mit 15.000 Euro dotiert. Pro Kategorie kann ein Preisgeld in Höhe von 4.000 Euro sowie ein Anerkennungsbetrag von 1.000 Euro vergeben werden.

Der Praxispreis steht dieses Mal unter dem Thema „Politische Bildung in der Kinder- und Jugendhilfe“ und soll Organisationen, Initiativen, Träger und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe ansprechen, die mit ihrer Arbeit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der politischen Bildung leisten und ihr neue Impulse geben.

Ausschreibungszeitraum: 1. März bis 31. Oktober 2017

»weitere Informationen zur Ausschreibung

MachMit! Award 2017

Der Preis möchte soziales Engagement von jungen Menschen in Baden-Württemberg hervorheben und würdigen. Ausgezeichnet werden junge Menschen zwischen 13 und 27 Jahren, die sich einzeln oder in Gruppen in besonderer Weise in Baden-Württemberg sozial engagieren. Die Projekte müssen in Baden-Württemberg durchgeführt werden. Vergeben werden in zwei Altersstufen (13 bis 17 Jahre und 18 bis 27 Jahre) jeweils 3 Preise (2.000 €, 1.000 € und 500 €) und ein Sonderpreis in Höhe von 1.500 € zum Thema „Engagement gegen Armut“.

Bewerbungen sind **bis 30. Juni 2017** möglich.

»weitere Informationen zur Ausschreibung

Veranstaltungen und Fortbildungen

Treff Sozialarbeit Stuttgart: Sexuelle Bildung für Alle?! Erfahrungsaustausch zu einem polarisierenden Thema

Der Treff Sozialarbeit widmet sich in seiner nächsten Veranstaltung dem Thema sexuelle Bildung und setzt sich damit auseinander, was diese im pädagogischen Handeln oder im Schulalltag bedeutet. Viele (soziale) Einrichtungen tun sich noch schwer, ein sexualpädagogisches Konzept zu erstellen: Wie rede ich mit Kindern und Jugendlichen über das Thema? Welche Räume benötige ich dafür? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen gibt es? Und welche institutionellen Voraussetzungen müssen gegeben sein, um ein sexualpädagogisches Konzept zu erstellen und implementieren?

Auf all diese Fragen soll am **29. Juni 2017 von 8:30 bis**

11:00 Uhr mit verschiedenen Fachreferenten/innen eingegangen werden.

Veranstaltungsort: Evangelische Gesellschaft, Büchsenstraße 34/36, Stuttgart

»weiter zur Veranstaltung

Fachtag: Zerrissen - Verunsichert - Gebunden - vom Kleinkind bis zur Pubertät

Der Landesverband PFAD für Kinder Baden-Württemberg e.v. führt eine Veranstaltung zum Thema "Auswirkungen von Bindungsbeeinträchtigungen auf den Erziehungsalltag einer Adoptiv- und Pflegefamilie" durch. In dem Fachvortrag wird es um Bindungsmuster gehen und wie diese handlungsleitend sind. Bindungsbeeinträchtigungen haben Auswirkungen auf das Selbstkonzept und Selbstwertgefühl der Kinder, die Gestaltung von Beziehungen und sind nicht zuletzt eine Erklärungsmöglichkeit für Schulschwierigkeiten. Was bedeutet dies für die Beziehung des Kindes mit seinen Pflege- oder Adoptiveltern? Was sind hilfreiche Strategien bei der Erziehung? Wie kann das Erziehungsverhalten angepasst werden, um die Chance auf eine zweite Bindung für das Kind erfolgreich zu nutzen? Auf all diese Fragen wird Herr Doll vom Pflegekinderdienst Ludwigshafen in seinem Vortrag eingehen.

Die Veranstaltung findet am **1. Juli 2017 von 9:30 bis 16:00 Uhr** in der Beratungsstelle Landesverband PFAD, Augustastraße 8 in 76137 Karlsruhe statt.

Anmeldungen sind **bis 23. Juni 2017** unter info@pfad-bw.de möglich.

»weiter zum Veranstaltungsflyer

Auftaktveranstaltung LIGA-Projekt „Aufbau und Implementierung eines unabhängigen Ombudssystems in der Jugendhilfe in Baden-Württemberg“

Seit drei Jahren setzen sich unterschiedliche Akteur*innen der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie aus der Politik für die Einrichtung einer Ombudsstelle Jugendhilfe in Baden-Württemberg ein. Mit Unterstützung der Stiftung „Kinderland Baden-Württemberg“ kann dies im Rahmen eines LIGA Projektes realisiert werden. Der Paritätische Landesverband wird in der Lenkungsgruppe des Projektes für den Förderzeitraum von drei Jahren vertreten sein.

In einem ersten Schritt wurde zum 1. Januar 2017 die Projektstelle "Aufbau und Implementierung eines unabhängigen Ombudssystems in der Jugendhilfe in Baden Württemberg" besetzt. Esther Peylo und Manuel Arnegger sind als Projektkoordinatoren aktiv und haben für den Start

erste Kontakte geknüpft, Rahmenbedingungen geschaffen und sind derzeit mit der Vorbereitung der Kickoff-Veranstaltung am **11. Juli 2017 ab 10:00 Uhr** im Haus der Wirtschaft, Studio A im 3. OG, Willi-Bleicher-Straße 19, 70174 Stuttgart beschäftigt.

An der Auftaktveranstaltung wird auch Frau Staatssekretärin Bärbl Mielich anwesend sein.

Bei Interesse sind **Anmeldungen bis 26. Juni 2017** per E-Mail: gerstner@caritas-dicv-fr.de oder per Telefon: 0761 8974-184 möglich.

Partizipative Hilfekulturen gestalten und fordern

IGFH
Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen

Vom 13. bis 15. September 2017 findet die gemeinsame Tagung von IGfH und FH Dortmund in Kooperation mit der Stadt Dortmund zum Thema „Partizipative Hilfekulturen gestalten und fordern – Eine Werkstatt-Tagung“ in Dortmund, statt.

Die aktive gemeinsame Gestaltung der Hilfeangebote durch alle Beteiligten steht hier im Vordergrund. Doch wie können diese ermöglicht und befördert werden? Wie können partizipative Hilfekulturen gestaltet werden? Welche Voraussetzungen sind hierfür erforderlich und sind möglicherweise einzufordern? Gemeinsam mit jungen Menschen in Erziehungshilfen, Care Leavern, Eltern, mit Fachkräften freier und öffentlicher Träger, mit Vertreter*innen der Wissenschaft u.a. sollen diese Fragestellungen bearbeitet werden.

Anmeldung sind **bis 1. August 2017** möglich.

»zur Veranstaltung

Fortbildung: Pädagogik im Kontext geschlechtlicher und sexueller Vielfalt; Reflexion – Antidiskriminierung – Handlungsfähigkeit

PARITÄTISCHES JUGENDWERK Baden-Württemberg

Ab 6. Dezember 2017 bieten Paritätisches Jugendwerk Baden-Württemberg e.V., Dissens e.V. , die LAGs Mädchenpolitik und Jungenarbeit BW gemeinsam diese 9-tägige Fortbildung, bestehend aus drei Modulen, an.

- Modul 1 – 6. bis 8. Dezember: Vielfalt & Normativität
- Modul 2 – 27. Februar bis 1. März: Diskriminierung & Handlungsfähigkeit
- Modul 3 – 14. bis 16. Mai: Praxisreflexion und Perspektiventwicklung

Seminarinhalte sind dabei:

- Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt – Überblick und Debatten
- Männlichkeits- und Weiblichkeitsanforderungen und -theorie
- Diskriminierung & Antidiskriminierung in der Pädagogik
- Subjektive Funktionalität diskriminierenden Verhaltens als Ansatz der Prävention & Intervention
- Intersektionalität – Verschränkung von Ungleichheitsverhältnissen
- Methodenkompetenz – Erproben, Reflektieren & Anpassen von Methoden der geschlechterreflektierten, queeren & Antidiskriminierungspädagogik
- Didaktische Ansätze rund um geschlechterreflektierte Pädagogik, Förderung von Vielfalt und Abbau von Diskriminierung
- Umgang mit Unsicherheit und Verletzlichkeit als dynamisierenden Faktoren der Arbeit zu Vielfalt & Antidiskriminierung
- Ressourcen & Barrieren vielfaltsorientierten & nicht-diskriminierenden Handelns
- Arbeit an der professionellen Haltung – Biographie-Arbeit & Selbstreflexion
- Transfer in die eigene Praxis – Kollegiale Fallberatung & begleitete Praxisprojekte

Information und Anmeldung: Kai Kabs-Ballbach, Mail kabs@paritaet-bw.de, PJW BW Hauptstr. 28 · 70563 Stuttgart · Fon: 0711.2155204

Save the date

Die Treffen der Interessensgemeinschaften und der Fachgruppe finden an folgenden Terminen statt:

IG Vollzeitpflege: 14. November 2017, 10:00 bis 12:30 Uhr, Landesgeschäftsstelle Stuttgart

IG familienunterstützende Dienste und Hilfen: 21. November 2017, 9:30 bis 12:30 Uhr, Landesgeschäftsstelle Stuttgart

IG UMF: 22. November 2017, 14:00 bis 16:00 Uhr, Landesgeschäftsstelle Stuttgart

Fachgruppe HzE: 28. November 2017, ganztags in der Jugendhilfeeinrichtung Waldhaus Malsch

Die Einladungen erfolgen zu den einzelnen Treffen im Vorfeld per Mail. Sofern Sie gerne an einer Interessensgemeinschaft oder an der Fachgruppe teilnehmen möchten und bisher keine Einladung erhalten haben, dann bitte um eine kurze Rückmeldung per Mail an:meier@paritaet-bw.de.

BEREICHSnews

SIE HABEN FRAGEN ODER MÖCHTEN IN UNSEREN NEWSLETTERVERTEILER AUFGENOMMEN WERDEN?

Schreiben Sie uns einfach eine Nachricht an info@paritaet-bw.de!

IMPRESSUM

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Hauptstr. 28
70563 Stuttgart
Telefon: +49 (0) 711 2155 - 0
Telefax: +49 (0) 711 2155 - 215
E-mail: info@paritaet-bw.de
Vorstand: Ulf Hartmann (Vorstandsvorsitzender)
Registernummer / Vereinsregister Stuttgart VR 201
Steuernummer: 99015 / 01556
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Ulf Hartmann

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.